

# Sohrauer Stadtblatt

Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-DS.) und Umgegend.

**Verkauf:**  
wöchentlich einmal Sonnabend.  
Ergänzungspreis: Monatlich frei ins Haus und  
bei allen Verkäuferten 0,75 Hlot.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:  
B. Dunold, Stadtbuchdruckerei, Zory.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Dunold.

**Anzeigen-Preis:**  
Die einseitige Zeile beträgt 10 Gr.  
Inseraten-Nachnahme bis spätestens Freitag  
10 Uhr vormittags.

Nr. 4

Samstag, 27. Jan. 1934

Sonnabend, den 27. Januar 1934.

Geegründet 1879

56. Jahrgang.

## Rundschau.

Die polnische Wirtschaftspolitik vor dem Haushalts-Anschluß des Gen.

Warschau, 24. Januar. Die Beratung des Haushalts des Ministeriums für Handel und Industrie gibt alljährlich Gelegenheit zu einer Debatte über die ganze Wirtschaftspolitik des Staates. In der Beratung am Dienstag legte der Reichsminister dar, daß dieses Ministerium seine Einnahmen und Ausgaben im Gegensatz zu den meisten anderen Ressorts gegenüber dem Vorjahr vermehrt hat. Aber nicht die finanzielle, sondern die wirtschaftspolitische Seite der Tätigkeit des Handelsministers ist es, die Gesprächs- und Gegenstand seiner Maßnahmen vor allem interessiert.

Der Minister berichtet besonders ausführlich über den Ausbau der polnischen Handelsflotte, für den in einer Art von Jahresplan alljährlich drei Millionen Hlot zur Verfügung gestellt werden. Von den größten Reedereien, deren Schiffe unter polnischer Flagge fahren, ist die „Byluga Polska“ anzuführen, die das Ministerium, die Polnische Dampfer-Gesellschaft gehört den polnischen Anstaltsfirmen, unter denen der Staat wiederum führend ist, zu 91 v. H., die Polnisch-Transatlantische Dampfer-Gesellschaft, an der ebenfalls Kapital beteiligt ist, zu 75 v. H. in polnischem Besitz. Über den Ausbau des Schiffsbaus in Zory wurden dann die bekannten Anforderungen des Reichsministers vorgetragen.

### Die polnische Presse in Amerika.

Warschau, 25. Januar. In den Vereinigten Staaten erscheinen in polnischer Sprache 14 Tageszeitungen und 60 Wochenblätter, deren Gesamtanfrage mehr als zwei Millionen Exemplare beträgt. Die durchschnittliche Auflage der polnischen Tagesblätter in Amerika beträgt 10000 bis 25000 Exemplare. Das älteste Tagesblatt ist das „Tygodnik Chicagoński“, der in einer Auflage von 50000 Exemplaren seit 30 Jahren erscheint. In Chicago leben eine halbe Million Polen. Das größte polnische Tagesblatt ist der „Dziennik Zwyczajowy“, das Amtsblatt der polnischen Nationalität, die 300000 Mitglieder zählt.

### Die Ratstagung beendet.

Genf, 22. Januar. Am Sonnabend nachmittag hat der Völkerverbund in Genf seine 78. Tagung beendet. Am Sonnabend in der Nacht und im Verlauf des Sonntag haben die Herren die Stadt verlassen.

In der letzten Ratstagung ist eine Beschwerde des deutschen Volksbundes in Oberschlesien behandelt worden. Es handelte sich um die verschiedenen Verbote gegen den „Oberschlesischen Kurier“ und die „Rattowitzer Zeitung“. Der Spanier Madariga schlug dem Rat vor, die Beschwerde nicht fortzugeben. Dagegen nahm er von den Bemerkungen der polnischen Regierung Kenntnis, in denen geltend gemacht wurde, daß man nicht nur gegen diese Organe der deutschen Minderheit eingeschritten sei, sondern daß man auch Kritik besonderer Art, die in polnischen Zeitungen erschienen waren, verboten habe. Die Blätter der Minderheit seien darum nicht Gegenstand einer unterschiedlichen Behandlung gewesen.

Der Völkerverbund forderte dem Dreizehnschluß auf (dieser Dreizehnschluß befindet sich gegenwärtig in Sidametto), den Ocean Chocostreit im Auge zu behalten und bis zur nächsten Frage alle notwendigen Maßnahmen zu treffen.

### Kompromiß in der Saatabstimmung.

Genf, 22. Januar. Der Völkerverbund hat am Sonnabend in der Glaciarde zu der

öffentlichen Tagung zusammen, auf deren Tagesordnung als dritter Punkt stand: „Vorbereitende Maßnahmen im Hinblick auf die Volksabstimmung im Saargebiet.“ Dabei nahm der Präsident der Regierungskommission des Saargebietes am stellvertretend.

Der italienische Berichterstatter Aloisi verlas den als Kompromiß zwischen der französischen und der englisch-italienischen Auffassung zustande gekommenen Bericht, in dem folgende Erklärung des Rats enthalten ist:

„Der Völkerverbund billigt die Schlussfolgerung des Berichts. Er drückt seinen Willen aus, alle Pflichten zu erfüllen, die ihm im Hinblick auf die Vorbereitung der Durchführung der Volksabstimmung im Saargebiet im Jahre 1935 obliegen mit dem Ziele, die freie geordnete und ehrliche Wahl zu sichern.“

Er fordert besonders seinen Ausschuss auf, im Hinblick auf den Bericht, den der Ausschuss ihm vorlegen soll,

a) die Maßnahmen zu prüfen, durch die unter Anwendung aller geeigneten Mittel die Ordnungsmäßigkeit des Wohlganges gesichert werden kann;

b) das Stadium solcher Mittel ganz besonders in Betracht zu ziehen, durch die die Bevölkerung vor jedem Druck und vor der Ausübung jeder Drohung geschützt werde, die die Ehrlichkeit der Abstimmung beeinträchtigen könnten.

c) Anregungen zu prüfen, die ihm die Regierungskommission des Saargebietes unterbreiten könnte, soweit sie die Aufrechterhaltung der Ordnung während der Periode der Volksabstimmung betreffen.

Der Rat beschließt, die 20000 Schweizer Franken für die ersten Ausgaben, die durch Befragung von Sachverständigen entstehen könnten, zur Verfügung zu stellen.

In dem von Aloisi verlesenen Bericht selbst wird gemäß der § 24 des Kapitels 3 des Verfassers Vertrages wörtlich zitiert, der die Bedingungen der Saarabstimmung enthält.

Der Bericht weist dann auf die Verantwortung hin, die dem Rat durch diese Bestimmungen zugewiesen sei. Die Abstimmung müsse im Einklang mit dem zitierten Text des Friedensvertrages im kommenden Jahre stattfinden. Es wird also verbleiben, irgend ein bestimmtes Datum anzugeben oder auch nur hervorzuheben, daß die Abstimmung stattfinden muß. Immerhin hebt der Bericht hervor, daß es notwendig sei, schon jetzt vorbereitende Maßnahmen zu treffen.

### Vormarsch Deutschlands zur Gleichberechtigung.

London, 23. Januar. In einem Aufsatz bespricht der Berliner Vertreter der „Times“ den „Vormarsch Deutschlands zur Gleichberechtigung“. In einem Rückblick auf die neuere Entwicklung der Abstraktionsfrage betont er wieder, es könne nicht angenommen werden, daß die Reichsregierung von ihrem Standpunkt der Gewährung einer sofortigen und bedingungslosen Rückzugsgleichheit abgesehen werde. Alle Neuerungen der maßgebenden deutschen Staatsmänner zeigten von dem unabweisbaren Entschluß, sich nicht länger hinhalten zu lassen. Deutschland beschäufte zu erlösen, wenn die anderen nicht abtrüben. Für letzteres sei aber keine Aussicht zu erkennen. Die Welt habe Deutschland nicht zwingen können, Reparationen zu bezahlen, könne es Deutschland zwingen, unterworfen zu bleiben?

Am Schluß seines Aufsatzes erörtert der Korrespondent die Frage, was Deutschland tun werde. Solche Fragen versichern, so erklärt er, daß mit der offenen Anerkennung gleichen Rechtes das Gefühl erlittenen Unrechtes verschwinden werde, und daß die Hoffnungen auf

demernden Frieden in Europa größer denn je sein werden. Deutschlands demerndes Nachbarn ermunten sich daran, daß Deutschland auch Gebietsansprüche habe und fragen, ob sich das Gefühl erlittenen Unrechtes nicht einfüllen auf diese Abstraktion werde.

Paris, 25. Januar. Im „Star“ wird von der englischen Regierung verlangt, daß sie sich mit Nachdruck für die rasche Inkraftsetzung der deutschen Gleichheit einsetzen soll. Gleichwohl damit muß aber eine Garantie für eine wirkungsvolle und unparteiische Aufsichtsbewachung gegeben werden. Deutschlands Forderungen seien nicht unberechtigt, zumal fünfzehn Jahre seit Kriegsende vergangen sind. Wenn man die in Versailles gegebenen Verpflichtungen gehalten hätte, so hätten die Zugewandten auf Deutschland schon vor Jahren erfolgen müssen. Frankreich hätte heute den Ruhestuhl und alle Schäden Polens. Und da England sich leichtlich diesen Schäden angeschlossen, muß es ebenfalls dafür bezahlen. Der Gedanke einer Probezeit ist vorerst. Wenn Deutschland die Gleichheit erhält, wird endlich die Grundlage für einen wirklichen Frieden gelegt sein.

### Der frühere deutsche Kaiser Wilhelm II.

findet in der Stille des Doornik Schloßes am 27. Januar den 75. Geburtstag.

### Der deutsche Reichstag

ist für den 30. Januar zur Entgegennahme einer Regierungserklärung einberufen.

### Präsident Calonder und der polnische Gesandte Lipakt

sind gestern Donnerstag in Berlin vom Reichstagsler Hitler empfangen worden.

Der neue Völkerverbundskommissar für Danzig, Besser, ist am Mittwoch in feierlicher Weise eingeführt worden.

### Neues preussisches Jagdgesetz.

Berlin, 24. Januar. Das nun verabschiedete Jagdgesetz, das von Preußen erlassen wurde, bestimmt, daß das gesamte Wild der Aufsicht des Staates unterstellt wird und zwar ohne Rücksicht auf die Besitzverhältnisse. Jagdeigentümer bleibt der Grundbesitzer, der auch weiterhin die Jagd verpachten kann. Der Eigentümer oder Pächter muß dem Deutschen Jagdbund oder dem Kreis- bzw. Provinzialjagdweiser regelmäßig die Abzählung vorlegen. Daraus soll verhindert werden, daß der eine das Wild hegt und der andere es hinabschießt. Das Gesetz steht ferner Ehrengerichte vor. Diejenigen Jagdberechtigten, die von den Ehrengerichten ausgeschlossen werden, dürfen die Jagd nicht mehr ausüben.

### Neuer Finanzskandal in Paris.

Paris, 23. Januar. Während der Staatsstandal die Gemüter in Bewegung hält, wird bereits eine neue Betrugsangelegenheit aus Tageslicht geholt, die der Polizei und dem Gericht schon seit längerer Zeit bekannt gewesen zu sein scheint. Es handelt sich um den Direktor der Baumanufaktur, Georges Alexandre, gegen den der Vorprüfungsbeschl erlassen worden ist. Man behauptet, daß die Summe, um die die kleinen Sparer durch Alexandre geschädigt worden sind, 200 Millionen Franken beträgt.

Paris, 23. Januar. Am Montagabend kam es in Paris nach Schluß der Kammerung zu wilden Schlägereien zwischen demernden Anhängern der Action Francaise und einem rechten Volkstanzband. Die Demonstranten hatten auf dem Boulevard St. Germain die Baumstammgitter abgerissen und auf die Straße geworfen, um so dem Autobusverkehr zu verhindern. Bei dem folgenden

Handgemenge der Demonstranten mit der Polizei wurde sogar ein Abgeordneter von der Polizei verprügelt, da er im Gedränge seine Zeit hatte, seine Papiere hervorzuholen. Auch einige Journalisten fielen in Ausübung ihres Berufs dem Gummistock zum Opfer.

Paris, 23. Januar. Die Zahl der am Montag bei den Straßenkämpfen in Paris vorgekommenen Verhaftungen gibt das „Journal“ mit 600 an. Nach dem „Eclair“ wurden 20 Polizeibeamte verletzt.

Man behauptet, daß zahlreiche bekannte Personen den Verwaltungsräten der von Alexander gegründeten elf Gesellschaften angehört haben. Ein inzwischen verstorbenen ehemaligen Finanzminister, Abgeordneter und früherer Parlamentarier sollen in die Angelegenheit verwickelt sein.

Die Bilanz der Opfer Alexanders ist erschreckend. Nicht weniger als drei Abgeordnete, 18 Präfekten, 30 Hauptkassierer verschiedener Gesellschaften, 12 Gerichtsvorstände, 2 Staatsanwälte, 2 Senatoren, 50 Richter, 12 Polizeikommissare und eine noch nicht abzuschätzende Menge von Offizieren und mittleren und kleinen Beamten haben den Großteil ihrer Ersparnisse verloren. Alexanders Scheitern auch der Reichsminister Staatsbankrott zu sein, denn Stavisky ist vor einem Jahre in einem Unternehmen Alexanders, der nach außen sehr bescheiden auftrat, angefaßt gewesen.

Amerika baut 120 neue Kriegsschiffe.

London, 28. Januar. Nach einer Reuters-Meldung aus Washington empfiehlt der Flottenamtchef und der See- und Marineminister die baldige Intraffierung einer Flotte, die den Bau von 120 neuen Kriegsschiffen mit rund 616 Millionen Dollar Kosten vorsieht. Die Flotte soll so bald wie möglich behandelt werden.

Es wird betont, der Hauptgrund, weshalb das Weiße Haus die Flotte auf den vertraglichen Beschluß ausbauen will, wozu es in der Überzeugung, daß Japan eine ebenso große Flotte erzbaut, wie sie die Vereinigten Staaten oder England besitzen.

„Wann kommt wieder Krieg?“

In dem „J. A. C.“ veröffentlicht dessen Warschauer Vertreter Konrad Wjgos, der eine Reihe von Artikeln aus der „Ishchokolowat“, „Frankfurt“, „Düsseldorfer“, jetzt einen Artikel aus Holland. Die Artikel erscheinen alle unter der Spitzmarke „Wann kommt wieder ein Krieg?“ In Holland hat Wjgos den früheren hohen Kommissar von Hamel besucht und berichtet jetzt darüber.

Herr Prof. Dr. Jozef A. van Hamel, früher Universitätsprofessor, Parlamentarier, späterhin ein hoher Beamter im Völkerrechtstribunal, befindet sich derzeit im Gefängnis nach dem Verbot des hohen Kommissars einzunehmen. Der Warschauer Vertreter des „J. A. C.“ hat Herr Professor von Hamel in dem Haag aufgesucht, um ihn als ausgesprochenen Kenner der Danziger Verhältnisse zu interviewen. Auf die Frage des Vertreters des „J. A. C.“, wann wieder ein Krieg komme, antwortete von Hamel, daß seiner Meinung nach ein Krieg in der nächsten Zukunft nicht zu erwarten wäre, weil die polnisch-deutschen Verhältnisse eine außerordentlich schwierige Angelegenheit im europäischen Raum bilden. Ungeheuerlich hätte zweifellos die deutsch-polnische Erklärung vom 15. 11. 33 und die Regelung der Beziehungen zu Danzig etwaige Kriegsmöglichkeiten beseitigt. Als jenes Ereignis wie die Verständigung Hitler-Litke, die Ablehnung des Senatspräsidenten Dr. Hauschling bei Warschau Pilsudski, die polnisch-danziger Besuche, nicht zuletzt die Teilnahme des Vizepräsidenten des Danziger Senats an der Jagd in Bialowieska können nicht als Komödie angesehen werden, obgleich man sie als ernsthafteste Arbeit an der Ordnung der deutsch-polnischen Beziehungen unter Einbeziehung Danzigs geschätzt werden.

Professor von Hamel erwähnt weiterhin die Politik des polnischen Außenministers, Josef Beck, welche die Lage Polens im Osten in ein ganz anderes Licht gerückt und die europäischen Meinungen dahingehend beeinflusst hätte, daß Polen ein wichtiger Garant des Friedens sein würde.

Die Politik Polens gegenüber Sowjetrußland sieht Prof. von Hamel als eine jeder Zeitungen an, welche Deutschland dazu zwangen, seine Beziehungen zu Polen zu regeln. Auch in dieser Beziehung würde Polen auf dem Standpunkte einer verständigen auswärtigen Politik. Als jene politischen Kreise Europas, insbesondere die in Deutschland, welche Polen für einen Übergangszustand gehalten haben, müßten jetzt einsehen, daß Polen ein sehr wertvoller Anker an den europäischen Verhältnissen sei.

Prof. Dr. van Hamel äußerte sich gleichfalls zu dem Vertreter des „J. A. C.“ über den Eindruck, den Hillers Machtübernahme in Holland gemacht hat. Obgleich die ersten Wochen der Regierung Hillers in Holland als ungünstig in Bezug auf die Beziehungen zu dem stillen Nachbarn bezeichnet wurden, vollzieht sich nunmehr in Holland, besonders nach den letzten Auslassungen des Reichskanzlers, eine Meinungsänderung. Sowohl die Politik, wie auch die Disziplin, die im Dritten Reich herrscht, machen einen vorzüglichen Eindruck und hinterlassen gewisse Sympathien, trotzdem manche angewandten Methoden der holländischen Art nicht recht eingehen.

Auf die Frage, was Prof. van Hamel über die in Hillers Buch „Mein Kampf“ entwickelten Gedankengänge meine, antwortete dieser, daß er beim Lesen des Buches zu dem Schluß gekommen wäre, daß es sich dabei vor allem um Propaganda handele zum Zweck der Machtvergrößerung in Deutschland. Die Gedanken über eine Erweiterung der Grenzen wären durch die praktischen Maßnahmen Hillers, welche durchaus friedlichen Charakter tragen, so aufgeklärt, daß er einen deutschen Staat, das „Dritte Reich“, rein deutscher Prägung schaffen wolle. Ueberhaupt wäre eine Entfremdung von der „Dritte-Propaganda“ zu verzeichnen.

Prof. van Hamel ist auch der Meinung, daß sich Holland in der Zukunft nicht halten werde, und daß wegen des Saargebietes seine Erhebung der französisch-deutschen Beziehungen einleiten werde.

Dann stellte der Vertreter des „J. A. C.“ Herr van Hamel die Frage, ob Holland eventuell an einem Kriege teilnehmen werde. Diese Frage beantwortete er negativ, jedoch mit dem Einwand, doch, falls ein Durchbruch von Seiten der Deutschen zu erfolgen sollte, Holland sich seine Neutralität zu wahren wissen werde. Alles in allem behaupte aber überhaupt keine Bestärkung eines Krieges. Der ehemalige Kaiser Deutschlands lebe in Doorn als Privatperson und hätte keinerlei Einfluß auf die Politik.

## Kotales.

Cobran, den 26. Januar 1934.

§ (Die nächste Nr. des Stadtblattes) wird bei Freitag den 2. Februar fallenden Feiertages „Marx Lichting“ wegen bereits am Donnerstag den 1. Februar nachmittags ausgedruckt. Inzerate hierfür werden bis Donnerstag mittags 12 Uhr entgegengenommen.

§ (Städtische Sparkasse.) Die Zinskäufe für Einlagen sind bei der hiesigen städtischen Sparkasse vom 1. Januar 1934 ab wie folgt festgesetzt worden: Bei täglicher Abhebung 4 1/2 Prozent, bei monatlicher Kündigung 5 Prozent, bei vierteljährlicher Kündigung 5 1/2 Prozent und bei halbjährlicher und längerer Kündigungssfrist 5 1/2 Prozent. Einlagen in Goldloty werden mit 4 Prozent bei vierteljährlicher und 4 1/2 Prozent bei halbjährlicher und längerer Kündigung vergütet. — In der nächsten Zeit werden bei der städtischen Sparkasse eine größere Zahl von Sparbüchern zur Prämien-Auslosung kommen.

§ (Kommerzienrat Kapf.) Auf Schloß Hohenleibental in Niederschlesien starb am 8. d. M. der Kommerzienrat Josef Kapf. Der Verstorbene, ein Rind ausserer Stadt (er ist ein Bruder des Riegelbrenners Franz Kapf) war i. H. im Oberkreisesbezirk als Dannecker tätig und hat n. a. das Stadttheater in Kottbus und die Stickstoffwerke in Gyorzow gebaut.

§ (Winderbeitshule.) Herr Lehrer Wilhelm Kraßhna, der seit einigen Jahren an der hiesigen Winderbeitshule tätig ist, ist nach 36-jähriger Amtszeit auf seinen Antrag hin mit dem 31. Januar in den Ruhestand versetzt worden. Sein Nachfolger ist noch nicht bestimmt. Am 1. Februar findet für den scheidenden Lehrer eine Abschiedsfeier statt.

§ (Verkehrsarten abholen.) Die noch rückständigen Verkehrsarten können nunmehr im Magistratsbüro abgeholt werden.

§ (Jahresversammlung.) Die Schmiebe, Schloffer und Klempner-Zunft-Jahresversammlung am Sonntag den 21. d. M. die Generalversammlung ab, die vom Obermeister Wital geleitet wurde. Anwesend waren 40 von 50 Jahressmitgliedern. Nach Erhaltung desassenberichts wurde dem Vorstande Entlastung erteilt. Referiert wurde über die am 1. Juli 1933 in Kraft getretene neue Gewerbeordnung und deren wichtigste Bestimmungen. Bekanntgegeben wurde, daß die Zunangen bei der Handwerkskammer einen Protest gegen die Einführung der Prüfungsgebühren an die Handwerkskammer einge-

reicht haben; bisher floß ein gewisser Betrag der Prüfungsgebühren der Jahressklasse an. Ferner wurde bekanntgegeben, daß im Laufe dieses Jahres in Kottbus eine Lehrschmiede für Fußbeschlag eröffnet werden wird. — Protektort wurde auch gegen die zu hohen Kronenlostenbeiträge und beschloffen, ein diesbezügliches Protestschreiben an den Vorstand der Kasse einzureichen.

§ (Das Faschingvergnügen) der hiesigen Schützengilde, das am vergangenen Sonnabend im Hotel „Zur Post“ in Form eines Abendessens stattfand, nahm einen recht gemütlichen Verlauf. Die Mitglieder hatten sich hierzu zahlreich, zum großen Teil mit ihren Frauen eingeladen, jedoch über 60 Gedecke abgestellt wurden. Im Verlaufe des Essens brachte der Bundespräsident, Riegelbrenner Franz Kapf, das Wort auf den Staatspräsidenten aus. Bürgermeister Kofel toastete auf den Bundespräsidenten und auf den Schützengilden, der Präsident der Gilde, Wahlleiter E. Schitzko, auf die Marschälle. Der Toast auf die Damen brachte in schöngebrachter launiger Weise Kamerad Wyp an, der als ältester Mitglied der Gilde an der Tafel teilnahm. Ein Tanzabend schloß die Anwesenheit noch lange Zeit fröhlich ab.

§ (Die Postagentur Cobran) besteht weiter wie bisher und ist die dortige Gemeinde nicht wie in letzter Nr. berichtet dem Postbesitzer Jory angeschlossen worden. Die Nachricht von der Auflösung der betr. Postagentur kam infolgedessen in die Zeitungen, als die Entscheidung dort nicht mehr durch Briefträger, sondern durch Privatpersonen erfolgt.

§ (Elektrifizierung von Goldmannsdorf.) In einer gut besuchten Versammlung zur Durchberatung der Maßnahmen zwecks Elektrifizierung der Ortschaft Bystre (Goldmannsdorf) erklärten sich rund 100 Hausbesitzer und Bauwirte bereit, ihre Grundstücke an die Hochspannung anzuschließen zu lassen. Sie gaben gleichzeitig die hierfür erforderlichen Beiträge an.

§ (Kohle und Kottschichten beschlagnahmt.) Die hiesige Polizei beschlagnahmte in diesen Tagen wieder mehrere Fuhrer Kohle, die aus wilden Schächten kamme und hier verkauft werden sollte.

§ (Betrüger in die Hände gefallen.) Daß es immer noch Leute gibt, die glauben, von einer X-Beliebigen Verloren einen gültigen Gelegenheitsloos zu machen, zeigt folgendes Beispiel: Soldangelt sich da am letzten Pferdemarkt hierseits an den Landwirt Friedrich Biontel aus Rogozna ein Unbekannter heran und fragte diesen höflich, ob er nicht wisse, wo er zwei alte Goldringe für billiges Geld verkaufen könnte. Wie der Bauer sein Ohr nach einem Käufer zermarkierte, gefiel sich ihnen ein zweiter Käufer hinzu. Als dieser die Ringe sieht, will er sie um jeden Preis erwerben, da er Goldwarenhandler sei und wohl wisse, was er wert seien. Rargerhand wird er von dem Verkäufer abgewiesen, da dieser seine „Verhältnisse“ nicht an einen Goldwarenhandler verkaufen will. Dieser schlägt nun dem Biontel vor, die Ringe für ihn zu kaufen und sie ihm dann mit 20 Loty Ausschlag abzugeben. Biontel geht darauf ein. In einem Dannecker wird das Geschäft abgeschlossen, wobei die Ringe mit 102 Loty bezahlt werden. Nun wankt der Bauer den wartenden Händler heran und fragt schon auf den Verdienst von 20 Loty. Dieser besteht sich die Ringe und äußert seine Bedenken, daß sie wohl gestohlen seien. Biontel solle nur den Verkäufer suchen und ihn der Polizei übergeben. Darauf verbotste er ebenfalls. Biontel konnte lange suchen. In einem einschlägigen Geschäft erzählt er, daß die beiden guten alten Ringe, die er für 102 Loty kaufte, ganze 4 Loty wert seien.

§ (Das große Los) Das große Los der polnischen Klassenlotterie ist am letzten Jahrestag (Mittwoch) auf die Nummer 40876 nach Czernochow gefallen. Es wurde dort in vier Biersälen geteilt. Die Gewinner sind ein armer Privatangehörer, ferner eine Witwe mit drei Kindern sowie ein hiesiger Kottbusander aus Palästina und schließlich ein Oberhändler, der aus Fremde sein Los vom Wagen umsonst abgab. Jeder der vier Gewinner erhält 200000 Loty.

§ (Freisorgegeschäfte in der Fasching.) An den letzten drei Sonntagen in der Fasching können die Freisorgegeschäfte in der Wojewodschaft Schlesien von 8 bis 11 Uhr vormittags abgeholt sein.

§ (Biermärkte in Orzesze.) Das Wojewodschaftsamt hat der Gemeinde Orzesze die Genehmigung zur Abhaltung regelmäßiger Biermärkte erteilt. Der Markt findet ab Februar am Donnerstag nach jedem Monatsfesten statt.



(Auf ins Heilige Land!) Die Katholische Liga und die katholische Presseagentur veranstalten vom 20. Februar bis zum 7. März eine Wallfahrt ins Heilige Land, um auch die weniger Bemittelten im Jubiläumsjahr die Besichtigung der heiligen Stätten wie: Bethleem, Heberg, Totes Meer, Jericho, Betanien, Nazareth, Berg Labar, See Genezareth, Kanaa in Galiläa, Berg Karmel usw. und außerdem Ägypten zu ermöglichen. Die Wallfahrt, die mit dem Dampfer „Polonia“ vorhaten geht, wird unterwies Kookantkoopt und Altra bejucken. Die Gesamtkosten (Verpflegung, Bahn und Schiffahrt, Passgebühren usw.) betragen je nach Klasse und Schiffsklasse von 875.— bis 1250.—. Plots. Wer einen guten Platz haben will, muß sich bis spätestens 30. Januar bei der Katholischen Liga in Katowitz, Willibrodstraße 68, Telos 1330 anmelden. Beim Anmelden sind 300.— Plots auszugeben. Protokoll und persönlicher Leiter der Wallfahrt ist der D. O. Friedhof J. Gombina.

(Die Vorschriften des neuen Sozialversicherungs-Gesetzes.) Das neue Sozialversicherungs-Gesetz, das seit dem 1. Januar 1934 im oberösterreichischen Teil der Wojewodschaft Schlessen verpfichtet, erweiterte die Pflicht zur Unfallversicherung auch auf alle Personen, die im Tagelöhner- oder sonstigen Dienstverhältnis stehen. Außerdem erlegte der Unfallversicherung — wenn auch ein Arbeitsverhältnis nicht in Frage kommt — alle beim Arbeitgeber beschäftigten Lehrlinge (unpolnisch, terminator), Polonisten, Praktikanten und sogar Verwandten des Arbeitgebers.

Personen, die oben erwähnte Angehörige beschäftigen, sind im Sinne des Gesetzes „Arbeitgeber“ und besitzen eine „Arbeitsstätte“ (siehe auch hier).

Die Arbeitgeber sind — wenn sie es nicht bereits getan haben — verpflichtet, ihre Arbeitsstätten nach dem auf Formular Nr. 7 anzugeben. Die Formulare können sie bei den Kontrollstellen der Versicherungsanstalt und in den Krankenkassen erhalten. Im oberösterreichischen Teil unserer Wojewodschaft brauchen nur die Arbeitsstätten und die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer (Haupt- und Handarbeiter) gemeldet zu werden. Falls der Arbeitgeber außer einem Industriearbeiter, Handwerker, oder ähnlichen Unternehmern auch eine Handwerksstätte (z. B. Bauwerk, Holzwerk usw.) führt, das heißt, Handwerksstätte beschäftigt, die jedoch in keinem entsprechenden anderen Unternehmen nicht arbeiten, dann muß er entweder zwei „Arbeitsstätten“ (Unternehmen und Handwerksstätte gesondert) anmelden, oder in der entsprechenden Rubrik des Formulars 7 angeben, daß er in der Handwerksstätte noch so und so viele Arbeitnehmer beschäftigt.

Im oberösterreichischen Teil der Wojewodschaft ist eine namentliche Ab- oder Anmeldung dieser Arbeitnehmer nicht notwendig. Vorläufig wird also auf Formular 7 nur die Rubrik angegeben, die die Arbeitsstätte betrifft. Was das Anmelden weiterer Fragebogen betrifft, wie hinsichtlich der Umschreibung der Arbeitsstätte oder der Aufhebung der Höhe zur Versicherung der Versicherungsbeiträge, so werden später besondere Mitteilungen gemacht, bezw. die Arbeitgeber durch die Abteilung für Unfallversicherung unterrichtet.

Die erste Anmeldung der Arbeitsstätten, die am 1. Januar 1934 zur Unfallversicherung verpflichtete Personen beschäftigen, muß bis spätestens Ende Januar erfolgt sein. Auch solche Arbeitgeber müssen die Anmeldungen vornehmen, die bereits auf Grund der alten Versicherungsordnung von der Versicherungsanstalt Königshütte erfasst wurden.

Nach den erwähnten Vorschriften brauchen Land-, Forst-, Gartenwirtschaften und Zuchtbetriebe nicht angemeldet zu werden. Die Registrierung dieser Arbeitsstätten wird gegebenenfalls später erfolgen. Die Hauptstellen dieser Unternehmen werden gemeinsam mit den Landwirtschaftsarbeitern von der entsprechenden Unfallversicherung für Landwirtschaften usw. erfasst.

(Die Mietzinssteuer.) Wie mitgeteilt wird, werden in nächster Zeit Anforderungen zur Zahlung der Mietzinssteuer für das Jahr 1934 verfaßt werden. Auf Grund der Novelle zu dem Mietzinssteuergesetz sind Wohnungen in neuen Häusern zehn Jahre lang von der Mietzinssteuer befreit, wenn sie vor dem 1. Januar 1929 bezogen wurden. Gleiches dies nach dem 1. Januar 1929, dann sind sie auf 15 Jahre von der Steuer befreit. Bezieht sich auch Wohnungen bis zu drei Zimmern, wenn sie von Arbeitslosen bezogen werden, die keine Untermieter haben. Dasselbe bezieht sich auch auf Ein- und Zweizimmerwohnungen, die von

Invaliden, deren Witwen und Waisen bewohnt werden. Bei der Veranlagung der Mietzinssteuer wird die Miete vom Juni 1914 für die dem Mietzinssteuergesetz unterliegenden Häuser herangezogen, bei anderen Häusern die Miete vom vergangenen Jahre. Der Steuerbetrag für Wohnungen bis zu drei Zimmern beträgt 8 Prozent, für größere Wohnungen 12 Prozent. Berechnungen gegen die Steuerveranlagungen sind im Laufe von 14 Tagen und Einlösung der Zahlungsanforderung an die Finanzkammern zu erstatten.

(Handhaltsdanksprache im schlesischen Sejm.) In der Freitagsitzung des schlesischen Sejms legte die große Ansprache über den Handhaltsdanksprache für das Jahr 1933/34, die der Wojewode Dr. Gragowski vor einigen Tagen mit einer Rede einbrachte, in der er der Wiederbelebung des oberösterreichischen Wirtschaftswendens eine günstige Prognose stellte.

Die Redner der einzelnen Parteien gingen auf diese Stelle der Rede des Wojewoden besonders ein, wobei sie scharfe Kritik übten. Als erster Redner sprach Senator Korsant, der erklärte, daß der Handhaltsdanksprache ein Optimalbild der schweren Krise sei, in der Polen sich befinde. Der Vorschlag habe einen ungehörigen diskontinierlichen Charakter. Es sei eine Diskussion der Einsparungen und auf der anderen Seite eine Diskussion der Ausgaben für kulturelle, soziale und wirtschaftliche Zwecke zu verlangen. Im Deutschland Hitlers, im Italien Mussolinis, im Amerika Roosevelts sei ein Umbau der Wirtschaftsstruktur erfolgt, und es seien dort Programme auf lange Sicht vorhanden.

Korsant warf dann dem Wojewoden vor, daß er eine Besserung der Wirtschaftslage angekündigt habe, während in Wirklichkeit eine ganze Reihe von Substitutionsmaßnahmen größere Arbeitslosenentlassungen voraussetze. Danach griff der Redner die dringende Minderheit an und behauptete, daß sie wirtschaftliche Propaganda treibe, wobei sie besonders der Deutsche Volksbund Priorität, der sich an einer „Hitlerorientierung“ gehalten hätte. Korsant empfahl die Anwendung der Politik der Wirtschaftspolitik, deren Regierung die dringenden Verbände auf die von deren Vermögen abhängen.

Nach Korsant nahm der Vorkämpfer des polnischen Regierungsbündels, Witgat, das Wort, der den eingebrachten Handhaltsdanksprache als gut bezeichnete. Im Äußersten äußerte er die Notwendigkeit der völligen Polonisierung der oberösterreichischen Industrie und behauptete gleichzeitig eine „christlich-polnische“ Politik der dringenden Minderheit festzustellen zu haben.

Im Namen des Deutschen Klubs sprach dann Senator Dr. Pant. Er erklärte, daß eine sachliche Stellungnahme zu dem Handhaltsdankspracheantrag nicht leicht sei, da alle Unterlagen fehlten, auf denen die Wojewodschaft den Plan aufgebaut habe. Bei jeder Vorlage des Handhalts Rede das wirtschaftliche Problem im Mittelpunkt der Ansprache. Arbeit gebe es genug, aber solange der Haß zwischen Menschen und Völkern nicht aufhöre, sei ein Ende der immer mehr um sich greifenden Wirtschaftskrise nicht abzusehen. Solange auch die wirtschaftliche Not dazu bringe werde, um die nationale oder politische Überzeugung von Menschen zu betastaffen, wenn die Jugendlichkeit zu bestimmten Verbänden als die Voraussetzung für die Einwirkung in den Wirtschaftsprozess verlangt wird, und wenn die wirtschaftliche Krise der Eltern gefährdet erscheint durch ihre Kinder, die eine deutsche Schule besuchen, werde nur die Ungerechtigkeit genügt, wodurch auch die Wirtschaft nicht gelunden könne. Neben den wirtschaftlichen und sozialen Problemen verlange auch das nationale Problem besonders in der Wojewodschaft Schlessen eine eingehende Betrachtung. Innerhalb der dringenden Minderheit seien in den letzten Monaten verschiedene nicht gerade erfreuliche Erscheinungen zutage getreten, die im Interesse der Minderheit einer Klärung bedürften.

Die Verwirklichung anderer Rechte müssen wir durch Verhandlungen mit den Behörden des Staats zu erreichen suchen. Auf diesem Wege könnten sicher noch viele Schwierigkeiten ausgeräumt werden. Die Minderheit sei dazu bereit, die Kräfte zu bilden zwischen zwei großen Völkern, zwischen denen alte und neue Gesetze eine Anzahl schwerer Mißverständnisse geschaffen habe. Diese Aufgabe könne die Minderheit jedoch nur dann erfüllen, wenn sie dem Volk, dem sie angehört und auch dem Staate, in dem sie lebe, die Treue halte. Dr. Pant begründete dann die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, zu einer Verständigung zu gelangen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald eine Klärung der Verhältnisse erfolge. Zum Schluß nahm noch der Vertreter der Sozialisten, Abg. Giedemann das Wort. Er hielt es im Interesse seiner Angehörigen für notwendig, die Verhältnisse im neuen Deutschland zu erörtern.

(Senkung der Invalidenrenten.) Der Sozialausschuß des schlesischen Sejms beriet am vergangenen Donnerstag über die finanzielle Lage der Invalidenversicherungsanstalt. Da die Invalidenversicherung im vergangenen Jahre einen Fehlbetrag von 2,5 Millionen Plots aufzuweisen hat, wurde beschlossen, die Invalidenrenten um 20 v. H. zu senken.

(Billigere Streichhölzer?) Wie der Kurier voranbrachte im Zusammenhang mit der letzten Debatte des Handhaltsdanksprache über die Monopolverwaltung mittel, ist in nächster Zeit eine Ermäßigung der Handholzpresse in Polen zu erwarten. Das Materialangebot wird allerdings die zukünftige Höhe der Verkaufspreise im Einzelhandel noch nicht angeben.

(Falsche 100-Plots-Scheine im Umlauf.) Seit einigen Tagen wurden in der Wojewodschaft Schlessen eine Anzahl falscher Hundertplotscheine festgehalten. Das erste dieser Fälschungen wurde in der Kasse der P. S. O. in Katowitz entdeckt. Die gefälschten Banknoten sind außerordentlich gut nachgemacht, lediglich das Bild Roosevelts hat zu stark Kontraste in der Zeichnung. Außerdem ist das Wasserzeichen abstrakt. Charakteristisch an diesen Banknoten ist ferner noch, daß sie als Kontrollnummer nur sechs Ziffern tragen, während die echten Scheine vor jeder Nummer noch eine Null stehen haben. Die Polizei hat die Nachforschungen nach den Fabrikanten und den Verkäufern der Scheine aufgenommen.

(Schadenfeuer.) Aus nicht bekannter Ursache geriet die Scheune des Bauwirts Adolf Budzypil in Rieder-Switzkian in Brand und wurde völlig eingestürzt. Verbrannt sind fünf Jahren Getreide und eine Menge Stroh, sowie alle landwirtschaftlichen Geräte, die sich darin befanden.

(Nach 18 Jahren heimgekehrt.) Dieser Tage ist der frühere deutsche Kriegsteilnehmer Leopold Roskies in Sogolitz aus Sibirien heimgekehrt. Roskies wurde 1916 an der Ostfront von den Russen gefangen genommen und nach Sibirien verschickt, wo er bis jetzt verblieb. Da man nie wieder etwas von ihm hörte, wurde er für tot erklärt. Roskies ist nun beinahe sechs nach seiner Heimat zurückgekehrt und will nach einiger Zeit wieder nach Sibirien zurück.

(Um einen Jagdschwanz.) Am vergangenen Freitag wurde vor der Appellkammer Strafkammer als zweite Instanz in der Angelegenheit des Richterwermeisters Franz Swil aus R. b. a. l., der gleichzeitig Obermeister der Ritterschützen in Oberösterreich ist, verhandelt. Swil erhielt im Januar vorigen Jahres von dem Gerichtsschreiber Schombertski aus R. b. a. l. ein Jagdschwanz zum Erben und weiteren Bearbeiten. Als die Arbeit fertig war, war Schombertski damit nicht einverstanden und erklärte, daß das Jagdschwanz nicht seines sei. Er verklagte Swil auf Schadensersatz. In dem auf Grund von Schombertskis Angabe eingeleiteten Strafverfahren wurde Swil zu 60 Plots Schadensersatz und 6 Monaten Gefängnis bei zweijähriger Bewährungsfrist verurteilt. Uebrigens wurde ihm — als härteste Strafe — die Erlaubnis zur Ausübung des Ritterschwertwesens auf Lebenszeit entzogen. Swil legte gegen das Urteil Berufung ein, worauf die Sache am Freitag in zweiter Instanz zur Verhandlung kam. Das Jagdschwanz war inzwischen durch vererbte Jagdente in Krakau unterjocht worden. Das Ergebnis entkettete die durch den angeblich Geschädigten später angestellte Behauptung, daß Swil sich durch die Klärung des Jagdschwanzes einen Vorteil verschafft hätte. In der Berufungsverhandlung wurde überdies als Sachverständiger Richterwermeister Schombertski vernommen, der gleichfalls für Swil einlasten ansetzte. Das Gericht sprach daraufhin Swil von Schuld und Schöne frei und gestand ihm das Recht zur Ausübung seines Gewerbes wieder zu. Schombertski muß die Kosten des Verfahrens tragen.

(Raubmörder festgenommen.) Vor einigen Tagen wurden in der Nähe von Dobrowa in im Kreise Karowitz zwei Frauen auf der Landstraße von einem Mann überfallen. Auf die Hilferufe der Frauen schickte der Diebeger, konnte jedoch in der Nähe von Gharly von der Polizei festgenommen werden. Bei dem Verhör stellte sich heraus, daß man einen guten Fang gemacht hatte. Der Festgenommene ist ein lange gesuchter Verbrecher aus Kongress-Polen, der u. a. im April 1932 in der Nähe von Wanda eine Frau überfallen und in bestialischer Weise ermordet hat. Dem Verbrecher fiel damals ein großer Geldbetrag in die Hände, den die Ermordete bei sich trug. Der Raubmörder wird wahrscheinlich von einem Landgericht abgeurteilt werden.

**\* (Umsatzsteuererklärungen sind abzugeben.)** Auf Grund des Art. 52 des Reichlichen Gewerbesteuer-Gesetzes (D. R. G. Nr. 17, Jahrg. 1932, Hof. 110) sind die Steuerzahler verpflichtet, eine im Artikel 53 des 65 vorgezeichnete Umsatzsteuererklärung bis zum 15. Februar abzugeben. Die Finanzabteilung der Wojewodschaft fordert daher alle Inhaber von Gewerbesteuer auf, den im Jahre 1933 erzielten Umsatz unverzüglich anzugeben. Die Steuererklärungen sind in den zuständigen Finanzämtern kostenlos erhältlich.

**Kobnil, 25. Januar.** Der Staatsanwalt beim Bezirksgericht in Kattowitz hat die Anklage gegen den Volkshändlervater Stawiec bereits fertiggestellt. Dieser ist des vorläufigen Todesurteils angeklagt. Der Vorsitzende des Bezirksgerichts hat die Hauptverhandlung gegen den Mörder für den 5. Februar vor dem Stadtgericht in Kobnil festgelegt. Kobnil kann den traurigen Namen für sich in Anspruch nehmen, bisher die meisten Landgerichtsverhandlungen in Oberschlesien gehabt zu haben.

**Kobnil, 24. Januar.** (Stadtverordnetenversammlung.) Die erste Sitzung im neuen Jahre war von insgesamt 29 Stadtverordneten besucht, während der Magistrat von Bürgermeister Weber und zwei Stadträten vertreten wurde. Den Bericht über die Tätigkeit des Stadtparlaments erstattete der Vorsitzende Borka. In 11 Stunden wurden insgesamt 63 Beschlüsse erlassen. Unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten Polchert ging es an die Annahme des Budgets, die glatt und ohne Zwischenfälle verlief. Für den Posten des Stadtverordnetenvorsetzenden wurden Borka (Caucia) und Wikowski (Korfant) in den Vorschlag gebracht. In gleicher Zeitwahl erhielten Borka (der bisherige Vorsitzende) 16 Stimmen, Wikowski 12 Stimmen. Der Wählerwählte nahm das Amt an. Zum Stellvertreter wurde Stadtverordneter Rynh mit 17 Stimmen wiedergewählt, zum Schriftführer Stadtr. Jiala (deutsch) mit 17 Stimmen, zum Stellvertreter Stadtr. Michalski, ebenfalls mit 17 Stimmen. Anlässlich eines Dringlichkeitsantrages der Korfant-Fraktion über Schulverhältnisse in der Stadt machte der Fraktionsführer Brnz einen kleinen Seiten sprung auf das Gebiet der Politik, indem er vertrat, gegen den Volksbund und die deutsche Minderheit überbrückt zu agieren.

**Königsbütte, 25. Januar.** In der geführten Stadtverordnetenversammlung ist der bisherige Stadtverordnetenvorsetzende Brnz abgewählt worden, während der polnische Kandidat nur 18 Stimmen erreichte. Vorher in den Wahlakt getreten wurde, machte der deutsche Fraktionsführer der polnischen Fraktion den Vorschlag, den stellvertretenden Stadtverordnetenvorsetzenden der polnischen Fraktion zu überlassen. Man machte aber keinen Gebrauch davon und nominierte als Kandidaten für den Vorsitzenden den Stadtverordneten Fuß. Bei der Wahl der übrigen Verwaltungsglieder gab die Polen leere Stimmblätter. Schriftführer wurde wieder Sawik (Wahlgenossenschaft), stellvert. Vorsitzender Buzak (Wahlgenossenschaft) und zweiter Schriftführer Wojanek (Deutsche Sozialisten). Königsbütte ist also weiter die einzige große Kommune unserer Wojewodschaft mit einem deutschen Stadtverordnetenvorsetzenden.

**Verstärktes Das Erdbeben in Indien.**

**Kalkutta, 22. Januar.** Die früheren Schreckensnachrichten aus dem Erdbebengebiet werden durch die nunmehr eintreffenden weiteren Berichte noch weit übertrieben. Die Zahl der Todesopfer in der Provinz Bengalen wird nunmehr auf 6000 bis 8000 geschätzt, während man in den Provinzen Bihar und Orissa mit 15000 rechnet. In Bengalen ist ein großer Teil der Häuser durch das Erdbeben zerstört worden. Nachdem das Wasser zurückgetreten ist, hat man festgestellt, daß die Häuser nicht hoch unter dem Erdbeben liegen. Man muß annehmen, daß Lande von Schwärmern auf die grasende Wüste mit den Toten geführt haben. Der britische Vizekönig ist mit Tausenden von Leuten durch die Täler, welche mehrere Hunderte von Leuten von Hindus dem Flusse anvertraut. Von Kolumba, der Hauptstadt von Assam, ist noch immer keine Nachricht eingelaufen. Die Verbindungen mit dieser Stadt sind völlig unterbrochen.

**Eisenbahn-Attentäter Ratnischka gefestigt.** Nach dem letzten vom Irregular, Universitätsprofessor Dr. Julius Donath, dem vom Richter des Eisenbahnattentäters Ratnischka bei den letzten gerichtlichen Verhandlungen eingereichten Gutachten über den Selbstmord Ratnischka, ist Ratnischka bei Eröffnung seiner Angelegenheiten gefestigt worden. Nach weiteren Untersuchungen sollen sich der Ratnischka schon im Jahre 1911 kurze Anzeichen von Geisteskrankheit bemerkt gemacht haben.

**Attentat auf einen Schneemann.**

**Belgrad, 23. Januar.** Auf dem Schmelzwerk Maras wurde am Montag, dem Geburtstag des Kararner Konterreg der Rikien Enten, zwischen den Stationen Maras und Marfeld ein Bombenanschlag

verübt, der verheerende Wirkungen anrichtete. Unter dem direkten Bogen Berlin-Sofia explodierten um 5.50 Uhr eine Schmelzmaschine. Der Bogen geriet in Brand und wurde vollständig zerstört. Auch der hinter dem Bogen gefesselte Schmelzapparat wurde fast zerstört. In dem Bogen befanden sich vier Arbeiter zweier Klassen, von denen drei in den Flammen der Luft rannen, während der vierte schwer verletzt im Krankenhaus nach Maras gebracht wurde. Der Schwerverletzte ist der Arbeiter Ant Dr. Johann Jitich. Die drei verletzten Leuten wurden an den Schmelzwerken des belgradischen Bogenes geborgen. Nachdem der verletzte mit der Schmelzmaschine abtransportiert wurde, konnte der Tag mit großer Befriedigung die Fahrt nach Maras fortsetzen. Das Untersuchungsamt ist sofort eingeleitet worden.

**Dynamitlager in die Luft geflogen.**

Auf der Insel Guberanor im Hafen von Rio de Janeiro hat sich ein schweres Explosionsunfall ereignet. Ein Dynamitlager, das einer privaten Handhabungsfirma gehörte, ist in die Luft geflogen. Das Lager hat 12 Tonnen Dynamit geliebert. 60 Personen wurden verletzt. Mehrere konnten nicht gefunden werden und 80 Verletzte im Krankenhaus eingeliefert wurden.

**Transsibirien-Expres überfallen.**

Während der Fahrt in Richtung Moskau eines Überfalls auf den in Richtung Richtung fahrenden Schienenweg der transsibirischen Eisenbahn. Der Expres wurde zum Halten gebracht und in Brand gesetzt. Vier Personen fanden den Tod in den Flammen, 39 wurden verletzt. Unter den Verletzten befindet sich ein Deutscher, Kramer aus Berlin, der einen Beinbruch erlitt, wie der Vertreter der Berliner Zeitung "Berliner Tageblatt" berichtet. Die Wagen des Zuges wurden durch das Feuer vollständig zerstört, nur der Lokomotivwagen überlebte. Nach privaten Mitteilungen sollen bei dem Überfall neun Personen getötet worden sein.

**Die Südbank als Mörderin.**

Ein eigenartiger Unfall, der zum Tode eines Mannes führte, ereignete sich am Donnerstag in Berlin. Von dem Tod eines fünfjährigen Kindes an der Berliner Südbank ist eine Mörderin herab, als große unter Verurteilung übergeben. Die Mörderin wurde von der höchsten Instanz getroffen und so schwer verletzt, daß sie bald nach der Entlassung ins Krankenhaus starb. Die beiden Mörder sind bereits verurteilt worden. Ein 22 Jahre alter Polizeibeamter und ein 15 Jahre alter Mörder.

**Wildernde Hunde töten 120 Schafe.**

**21. Januar.** Ein wandernder Schäfer hatte Donnerstagabend fünf Schafe — insgesamt 240 Schafe — über Nacht in der Nähe von Witten einwohrt, um sie am anderen Morgen weiterzuführen. Im Laufe der Nacht drangen plötzlich wildernde Hunde ein, die die Tiere auseinanderjagten und schließlich in einen Bach trieben. 107 Tiere ertranken, während ungefähr 13 Schafe von den Hunden gerettet wurden. Zahlreiche Tiere haben Querschnittswunden und andere Verletzungen davongetragen.

**Evang. Kirchengemeinde**

Sonntag, den 28. Januar 1934.  
Vorm. 8 1/2 Uhr: Polnischer Gottesdienst.

**Katholischer Bürgerverein.**  
Sonntag, den 28. Januar 1934, nachmittags 4 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Vereinslokale Mazurek.  
Tagesordnung: 1) Eröffnung. 2) Vereinsbericht. 3) Rechnungslegung. 4) Vorstandswahl. 5) Vereinsangelegenheiten. 6) Vortrag.  
Der Vorstand.

Niniejszem zawiadamiam P. T. Publiczność, że z dniem 1. lutego b. r. rozpoczynamy  
**Białe tygodnie**  
Niezawodna okazja dla szan. klientów do nabycia pićcien po cenach ściśle fabrycznych!  
Plazszzce oraz towary zimowe wysprze - dają po cenach o 30% zniżonych!  
Najlepszaze kredite zakupów  
**H. Leschziner, właśc. Józef Schreiber, Żory**  
Telefon 69. — skład manufaktury i konfekcji. — Rynek 10.

**Zahle eine hohe Belohnung**  
demjenigen, der mir die Person namhaft machen kann, die am 18. Dezember 1933 eine Anzeige an den Urząd Skarbowy in Rybnik gegen die Bäckermeister Barton und Buchmann gemacht und mit meiner Namensunterschrift versehen hat, sodaß ich gegen den Betreffenden gerichtlich vorgehen kann.  
**Josef Hilla, Bäckermeister, Żory.**

**Der Eckladen**  
in meinem Hause ist mit oder ohne Wohnung per 1. März zu vermieten.  
**R. Kulas, Rynek 1.**  
**Kuchnia i 2 pokoje**  
albo kuchnia i pokój są od 1. lutego do wynajęcia.  
**L. Białas, Dworcowa 7.**

**KINO CASINO**  
Nareszcie nadeszła  
**GODZINA Z TOBĄ!!**  
**Maurice Chevalier**  
**Jeanette Macdonald**  
w sobotę o godz. 6 i 8  
w niedzielę o 4, 6 i 8

**Nadzwyczajna okazja!!**  
**Moje białe tygodnie**  
rozpoczynają się we wtorek dnia 30. stycznia po niebywale niskich cenach.  
Wskazując na moje okno wystawne i ogłoszenie w następnym numerze tejże gazety.  
**Jan Dreinert, skład manufaktury, Żory ul. Szeptyckiego 13**

**Die große Gelegenheit!**  
**Meine Weissen Wochen**  
beginnen am **Dienstag, den 30. Januar** mit noch nie dagewesenen Preisen.  
Mache auf mein Schaufenster und auf das Inserat in der nächsten Nr. aufmerksam!

**Uczeń biurowy**  
z wyższym wykształceniem może się zgłosić.  
**Amerykański Młyn Parowy Żory.**  
Gut erhaltenes, gebrauchtes  
**Herren-Fahrrad**  
zu kaufen gesucht. Von wem? sagt die Expedition dieses Blattes.

Der freihändige  
**Holzverkauf von Bau- und Brennholz**  
findet in der Oberförsterei Woszczyce nunmehr wieder regelmäßig jeden Montag und Donnerstag vormittag in der Forstkanzlei Woszczyce statt.  
**Graf v. Tiele - Winckler'sche Forstinspektion Woszczyce.**

Infolge Geschäftsverlegung verkaufe preiswert  
**einen 200 m lang. Bretterzaun, einen 20 m lang., 10 m tief. Bretterschuppen und einen hölzernen Aufenthaltsraum.**  
**Holzhandlung Kern.**